Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 43 (1936)

Heft: 11

Artikel: Währungsstabilisierung?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-627056

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Währungsstabilisierung?

In den vielen Diskussionen über die Abwertung in den letzten Wochen konnte man immer wieder die doppelte Befürchtung vernehmen: Die Angst vor einer allzu gewaltigen Preissteigerung und vor einer weiteren Abwertung. Gewaltige Preissteigerung und fortgesetzte Abwertung bilden aber gemeinsam den Begriff der Inflation. Doch in den letzten Tagen sind die Befürchtungen wegen einer großen überstürzten Preissteigerung entscheidend zurück gegangen. Es ist zu erwarten, daß bei dem Erscheinen dieser Zeilen in der Preisfrage eine allgemeine Beruhigung eingetreten ist. Wie aber steht es mit einer weiteren Abwertung? Kann wieder eine Situation entstehen, wo die anderen Staaten erneut abwerten und auch der Schweiz zum zweitenmal keine andere Wahl lassen?

Die Gefahr einer neuen Abwertung könnte nur von jenen Ländern kommen, die schon lange eine Abwertung vorgenommen haben, also von der USA und England. Beide Länder haben sich aber gegenüber Frankreich verpflichtet, daß sie keine Vergeltungsmaßnahmen ergreifen werden. Weder wollten sie eine weitere Abwertung vornehmen, noch wollten sie neue Handelshindernisse für die ehemaligen Goldblockstaaten errichten. Die Ehrlichkeit der Absicht, die zu solch einer Vereinbarung führte, wurde vielfach bezweifelt. Inzwischen dürften aber die neuen Tatsachen bewiesen haben, daß ein solches Uebereinkommen wirklich besteht und funktioniert. Schon in den Tagen, wo die Abwertung noch in den Parlamenten nicht beschlossen, die Börsen noch nicht eröffnet waren, konnte man beobachten, daß die drei Länder sich gegenseitig unterstützen. In London wurde gegen eine Spekulation in französischen Franken und in Newyork gegen eine Spekulation in Pfund gewirkt. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß eine solche Bereitschaft nicht ausreicht. Wenn sich die einzelnen Devisenfonds wirklich unterstützen wollen, dann mußten eine Reihe von veralteten Bestimmungen aus der Welt geschaffen, neue an ihre Stelle gesetzt werden. In USA gab es die Vorschrift, daß Gold nur nach jenen Ländern ausgeführt werden dürfe, bei denen freier Goldverkehr herrscht, die Notenbanken die Pflicht eines Goldankaufs- und Goldverkaufs untereinander anerkennen. Da durch die Abwertung ein solches Land in Europa nicht mehr existierte, so wäre eine Goldsendung von den Vereinigten Staaten nicht mehr möglich gewesen. Außerdem bestand in England die Bestimmung, daß Gold nach dem Ausland nicht mehr ausgeführt werden dürfe. Zwei gesetzliche Bestimmungen, die den Devisenfonds außerordentlich hinderlich waren, weil sie dann gezwungen wären, ihre eigene Währung nur durch Ankauf von ausländischem Geld verteidigen zu können. Da aber der Kurs des ausländischen Geldes nicht nur schwankt, sondern auch in bestimmten Perioden eine Knappheit an ausländischem Geld entstehen konnte, so war eine solche Politik für alle Ausgleichsfonds teuer und riskant. Indem man nun die Vorschriften über die Goldbewegungen nach dem Ausland aufgehoben hat, wurde die Verteidigung des eigenen Wechselkurses auch durch An- und Verkauf von Gold ermöglicht. Damit waren erst die technischen Voraussetzungen geschaffen, um das Abkommen vom 25. September zu verwirklichen.

Doch die Erklärung des amerikanischen Schatzkanzlers am 12. Oktober geht über die erste gemeinsame Erklärung hinaus. Es wird dort bestimmt, daß man nicht nur den Bewegungen des Goldes für die Geschäfte anderer Staaten keine Hindernisse mehr in den Weg legen will, sondern daß sich USA wieder die Pflicht zur Goldannahme und zur Goldabgabe auferlegen. Auch wird gleichzeitig der Preis bestimmt, zu dem von USA das Gold verkauft werde. Anders ist es in England und Frankreich, wo man bis jetzt nur die Pflicht zur Goldannahme und Goldabgabe anerkennt, aber sich auf einen bestimmten Verkaufspreis nicht festlegt. Indem man sich hier noch nach den Notierungen auf dem Goldmarkt richtet, betrachtet man das Gold noch als eine beliebige Ware, entgeht man doch immer einer faktischen Bindung des eigenen Geldes an das Gold. Sollten aber auch England und Frankreich zu einem festen Abgabepreis für Gold übergehen, dann wäre damit der erste Ansatz zur Stabilisierung der Wechselkurse gewonnen. Man könnte dann von einer Art von Paritäts-Ersatz sprechen, indem die Ausgleichsfonds in Frankreich, England und USA für ihren Verkehr unter einander den Goldpreis festgesetzt und damit indirekt auch das eigene Geld in eine faktische Beziehung zum Gold gebracht hätten. Zwar hätten vorerst die Privaten von einer solchen Entwicklung noch keinen Vorteil. Doch wenn die Ausgleichsfonds wirklich erfolgreich arbeiten, durch die Fixierung des Goldpreises untereinander in die Lage versetzt werden, die Schwankungen im Wechselkurs weitgehend zu verhindern, dann kann dies in der Praxis zu einer Stabilisierung der Wechselkurse führen, die für den Kaufmann jedes große Valutarisiko ausschaltet.

Zweifelnd wird man fragen: Kann man diese neue Vereinbarung über die Goldannahme und Goldabgabe nicht innerhalb 24 Stunden kündigen? Gewiß, das ist möglich. Störung und Vernichtung von günstigen Ansätzen zu einer Ueberwindung der Krise sind natürlich nicht ausgeschlossen. Trotzdem möchten wir annehmen, daß diese Störungen nicht von den bis jetzt beteiligten drei Ländern ausgehen dürften. Denn es gibt genug Gründe, warum die englischen und amerikanischen Regierungen heute an einer faktischen Stabilisierung interessiert sind, den vieljährigen Währungskrieg beendigen möchten. Da steht an erster Stelle die Goldhortung. Wenn der Währungskrieg weiter geht, die Kapitalbesitzer dauernd unter einem Valutarisiko leiden, dann verzichten sie auf die Anlage des Kapitals, wandeln es in Gold um und legen es an einen sicheren Ort. Volkswirtschaftlich aber bedeutet dies ein Brachlegen von Kapital, eine Vernichtung von sonst möglicher Kaufkraft; Goldhortung treibt das Gold in die Länder mit großen Goldbeständen, verringert damit vor allem die Kaufkraft in den goldarmen Ländern. Diese aber können daher weniger Waren aus dem Auslande beziehen, die englischen und amerikanischen Exporteure können keinen Absatz für ihre Produkte finden. Das aber ist das entscheidende an der englischen und amerikanischen Situation von heute: Wenn sie ihren Konjunkturanstieg halten und weitertreiben wollen, dann sind sie auf eine erhöhte Ausfuhr angewiesen. Ohne eine steigende Ausfuhr können die englische Kohlen- und Textilindustrie nicht auf einen grünen Zweig kommen. Darum sind die beiden Regierungen genötigt, nicht nur auf eine weitere Abwertung zu verzichten, sondern auch auf eine Stabilisierung der Währungen hinzu arbeiten.

Andere Ueberlegungen weisen in die gleiche Richtung. Große Krisen der Banken oder der Zahlungsbilanzen, die eine entscheidende Ursache für die Abwertung in den angelsächsischen Ländern waren, sind heute nicht mehr zu überwinden. Dagegen würden durch eine neue Abwertung die sich langsam erholenden Preise auf dem Weltmarkt wieder in einen Preissturz gerissen. Die Absatzmöglichkeiten für die amerikanische Landwirtschaft würden damit wieder zerstört, die Kauffähigkeit der englischen Kolonien würde erschüttert. Nicht nur die englische Ausfuhr würde von diesem neuen Schlag getroffen, sondern auch die großen englischen und amerikanischen Kapitalanlagen, die in den unter ihrer Herrschaft stehenden Ländern wieder große Gewinne abwarfen, würden unrentabel werden. Neue, wenn auch vorübergehende Schwierigkeiten in der englischen Zahlungsbilanz wären nicht ausgeschlossen. Vor allem aber könnte es der englischen Regierung jetzt nicht mehr gelingen, die Kosten für die Lebenshaltung auf dem gleichen Stand zu halten. Die jetzt schon einsetzenden Lohnkämpfe, die durch die konjunkturellen Ereignisse bedingt sind, müßten unweigerlich zu schweren sozialen Kämpfen führen. So kann man, bei vorsichtiger Abschätzung der tatsächlichen englischen und amerikanischen Interessen, sagen, daß eine weitere Abwertung nicht günstig für diese beiden Weltreiche ist. Solche Befürchtungen sind wohl als unbegründet anzusehen.

Anders aber ist die Frage zu beantworten, wie schnell man auf dem Wege zur Stabilisierung der Weltwährungen fortschreitet. Bis jetzt hat man sich nur zu einer Verpflichtung zur Goldannahme und Goldabgabe entschlossen. Die Devisenkurse sollen täglich, je nach Angebot und Nachfrage, festgesetzt werden. Das läßt noch immer die größten Schwankungen zu. Doch da alle entscheidenden Ereignisse immer mehr auf eine Bewegung zu stabileren Devisenkursen hindeuten, so ist es durchaus möglich, daß der täglich festgesetzte Kurs keine großen Veränderungen zeigt, da man sie durch die Ausgleichsfonds verhindern wird. Die Bestimmung von der täglichen Festsetzung der Devisenkurse scheint daher nur einen Sinn zu haben: um den bevorstehenden Kampf um den Stabilisierungssatz zu gewinnen, sucht jede Großmacht sich alle Wege offen zu halten. Inzwischen aber ist zu hoffen, daß sich die Devisenkurse auf einander einspielen und soweit annähern, daß größere Stabilisierungskrisen vermieden werden können. Dr. S.